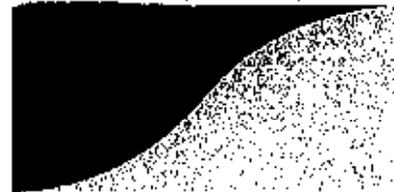


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (022 21) 21 90 38/39  
Telex: 09 86 946 pbbn d



## Inhalt

Wolf Graf Baudissin unterstreicht den Wert verifizierter Rüstungssteuerungsabkommen gerade nach der Sowjet-Intervention in Afghanistan: Wir leben im Kalten Frieden.

Seite 1-3

Egon Bahr MdB setzt sich mit dem Gründungsparteitag der Grünen auseinander: Ohne Programm und Führung.

Seite 4

Horst Seefeld MdB/MdEP zur Arbeit des Europäischen Parlaments sechs Monate nach der ersten Direktwahl: Konsens im Einigungsprozeß.

Seite 6/7

Willi Salmen glossiert Übereinstimmungen zwischen Franz Josef Strauß und Edgar Wallace: Neues vom Hexer.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 9

14. Januar 1980

Wir leben im Kalten Frieden.

-----  
Verifizierte Rüstungssteuerungsabkommen haben jetzt ihren besonderen Wert

Von Professor Wolf Graf Baudissin

Generalleutnant a.D., Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg

Meine Betrachtung in den Evangelischen Kommentaren vom Dezember 1979 wäre in ihren grundsätzlichen Feststellungen zu Aufgaben, Mittel und Bedingungen der Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß nicht anders ausgefallen als sie heute geschrieben wurde. Vielleicht hätte ich die Warnungen vor kontraproduktiven Verhalten noch stärker betont beziehungsweise seine möglichen Konsequenzen weiterausgeführt. Doch fühle ich meine Thesen durch die sowjetischen Intervention und die durch sie ausgelöste Reaktion im "Westen" wie "Süden" bestätigt.

Da bisher keine der ideologischen und machtpolitischen Divergenzen geregelt ist beziehungsweise in absehbarer Zeit geregelt werden kann - schon weil ideologisch bestimmte Konflikte ihrer Natur nach nicht lösbar sondern nur einfrierbar sind - leben wir im "Kalten Frieden" und gewöhnen uns nur sehr mühsam an die Zwangslage, in einer interdependenten und von vielschichtigen Konflikten geplagten Welt zugleich Antagonist und Partner füreinander zu sein. Diese Widersprüchlichkeit der Tendenzen und Interessen erschwert es zum Beispiel, gemeinsame Fronten gegen Botschaftsstürmer oder für Sanktionen gegen die Sowjetunion zu bilden.

Die afghanische Krise dürfte erneut den Wert strategischer Stabilität bewiesen haben; die generelle Ausgewogenheit der sicherheitspolitischen und militär-strategischen Optionen



beider Weltmächte und ihrer Bündnisse ließ in Europa keine Kriegsangst beziehungsweise keine Gedanken an eine Flucht nach vorn, das heißt an präventive militärische Aktionen aufkommen.

Vor allem scheint mir in negativer Weise die Richtigkeit der These bestätigt, daß der Entspannungsprozeß von dem nüchternen Verständnis für die beiderseitigen Sicherheitsbedürfnisse, von der Transparenz der politischen Absichten und von allseitig anerkannten Verfahren der Krisenbeherrschung abhängt.

Die Besetzung Afghanistans hat berechnete Zweifel an der Glaubwürdigkeit der UdSSR als Partner im internationalen Entspannungsprozeß erweckt. Insbesondere beunruhigt die Frage, wie weit Moskau noch zu seiner Verpflichtung aus der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom Mai 1972 steht. Dort wird festgestellt: "Die USA und die UdSSR legen größten Wert darauf, daß Entstehen von Situationen zu verhindern, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten... Beide Seiten erkennen an, daß Bestrebungen, direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen, nicht im Einklang mit diesen Zielen stehen."

Dessen ungeachtet läßt sich erklärend hinzufügen, daß Moskau vermutlich - jedenfalls kurzfristig den Sturz des kommunistischen Systems in Kabul durch die Aufständischen und in seiner Folge einen islamischen Funkenflug nach Zentralasien befürchtete. Doch gibt es auch mittel- und langfristige Möglichkeiten, die sich für die UdSSR aus dem Besitz dieses Landes inmitten einer äußerst instabilen Region bieten. Die Nähe zum Persischen Golf macht die neue Situation besonders heikel und provoziert Argwohn und Sorgen in den westlichen Industriegesellschaften. Offensichtlich ist der Kraml nicht in der Lage, diese Entwicklung auch als Nord-Süd-Problem zu erkennen, das eine gewisse Ost-West-Partnerschaft verlangt.

Die USA als Welt- und Führungsmacht des westlichen Bündnisses kann diesen kompakten Ausbruch über die Grenzen der sowjetischen Machtsphäre nicht einfach hinnehmen; es geht darum, die Bestürzung deutlich zu demonstrieren und vor weiteren "Explosionen" zu warnen. Dieses präventive Krisenmanagement verlangt allerdings viel Augenmaß; um glaubwürdig zu bleiben, muß der schmale Grat zwischen Unterreaktion, die nichts bewirkt, und Überreaktion, die das Gespräch und jede Kooperation abbrechen läßt und nur neue Sympathien für die UdSSR erwecken würde, eingehalten werden. Da multinationale Schritte ungleich wirkungsvoller sind, muß - nicht zuletzt im Bündnis - auf widersprüchliche Interessen Rücksicht genommen werden.

Wir sind bisher nicht in den Kalten Krieg zurückgefallen. Niemand kann ernsthaft glauben, daß Frieden erst nach der Vernichtung beziehungsweise der Kapitulation der anderen Seite winkt. Die Notwendigkeit des Verhandels und damit beiderseitiger Kompromisse hat sich erwiesen. Doch ist die Temperatur des Kalten Friedens erheblich gesunken. Die Falken in Ost und West führen ihren Argwohn gegenüber den finsternen Absichten der anderen Seite und ihren Pessimismus gegenüber den Entspannungsmöglichkeiten voll bestätigt. Selbst die Tauben halten eine Methodenkritik für geboten.

Es hat sich gezeigt, daß die sowjetische Einteilung der Welt in Sektoren, zu denen ein Verhältnis der friedlichen Koexistenz herrscht, und solche, für welche die besonderen Beziehungen des sozialistischen oder proletarischen Internationalismus gelten, an der globalen Realität beziehungsweise dem Weltmachtstatus der UdSSR vorbeigeht. Man kann vielleicht noch gerade die sicherheitspolitischen und militärstrategischen Probleme Europas isoliert betrachten; territorial begrenzen läßt sich der Entspannungsprozeß jedoch nicht. Hier besteht zumindest eine psychologische Koppelung, welche die Glaubwürdigkeit der Gesamtpolitik berührt.



Die Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungssteuerung leidet im Zweifelsfall am ehesten und empfindlichsten unter einer Verschärfung der politischen Spannungen. Der Eimarsch von Prag ist dafür ein gutes Beispiel; er verzögerte den unter erheblichen Schwierigkeiten vereinbarten Beginn der ersten SALT-Runde um technologisch entscheidende Jahre: Die Mehrfachrakete (MIRV) wurde inzwischen produktionsreif und war damit nicht mehr aus den Arsenalen zu entfernen, obwohl gegen ihre Einführung schwere Bedenken wegen Nicht-Verifizierbarkeit sprachen und der ursprüngliche Grund, sie zu entwickeln, nicht mehr bestand. SALT I verbot die Einführung von größerem Anti-Raketen-Schutz.

Ähnliche Entwicklungen stehen auch dieses Mal zu erwarten, falls sich die Regierungen nicht entschließen, trotz - man kann sogar argumentieren: gerade wegen der politischen Konfrontation den Steuerungsprozeß abzukoppeln und gemeinsam gefährlich destabilisierende Programme zu verzichten. Die politische Vernunft spräche jedenfalls dafür, solange man sich noch über die Binsenwahrheit einig ist, daß Krieg in Europa beziehungsweise zwischen den Weltmächten überhaupt jeden politischen Sinn verloren und Streitkräfte daher nur noch kriegsverhütende Funktionen haben, also nicht mehr überlegen zu sein brauchen.

Es bleibt sogar zu fragen, ob sich der afghanische Feldzug für den Kreml welt- und regionalpolitisch auszahlen wird, obwohl er - rein militärisch betrachtet - unter ungewöhnlich günstigen Bedingungen ablief und sein erstes Ziel ohne Friktion erzwang. Sollten sich aber die Gegner des Kabuler Systems nicht bald und vollständig niederschlagen lassen, könnte die Besatzungsmacht in zermürbende Kämpfe verwickelt werden, welche die sowjetisch-islamischen Beziehungen außerordentlich belasten. Dieses wäre ein Zeichen dafür, daß sich für Weltmächte trotz aller Überlegenheit kriegerischer Konfliktaustrag auch gegen Drittländer politisch immer weniger lohnt.

Gerade in Zeiten politischer Kältewellen, wenn das Mißtrauen in die Absicht des Rivalen steigt, seine Möglichkeiten gern überschätzt werden und sich daher "Vorhalten" in der Rüstungsplanung als Existenzsicherung zu empfehlen scheint, haben verifizierbare Rüstungssteuerungsabkommen ihren besonderen Wert. So bleibt es abzuwarten, ob die sowjetische Drohung, über die euro-strategischen Systeme nicht mehr zu verhandeln, beziehungsweise die amerikanische, SALT II nicht zu ratifizieren, ja sogar die Wiener Verhandlungen einzufrieren, strategischer oder nur taktischer Natur ist. Sicher ist, daß alle Rüstungssteuerungsverhandlungen der Weltmächte und ihrer Bündnisse politisch eng verkoppelt sind. Die Verweigerung von SALT II und SALT III läßt weder in Wien noch für das Nachtreffen in Madrid oder für die bilateralen Gespräche über das vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen, von Anti-Satelliten-Systemen und chemische radiologische Waffen irgendeinen Fortschritt erwarten. Wir würden damit die bisherigen Ergebnisse der Rüstungssteuerung gefährden und in einen Prozeß geraten, der neue Fakten in Waffenqualität und -systemzahl schafft, also nur auf beträchtlich höherer Ebene und nur mit neuen Verhandlungsmaßstäben einzufangen wäre. Das würde zwar sicher keine Kriegsgefahr für Europa bedeuten, aber eine erheblich instabilere Situation. Die Völker hätten geminderte Sicherheit zu gesteigerten Kosten; die Normalisierung der internationalen Beziehungen im "Norden" wäre erschwert. (-/14.1.1980/vo-he/ca)

+ + +



**Ohne Programm und Führung**  
-----  
**Partei-Ökologen sind auf dem Holzweg**  
Von Egon Bahr MdB  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Es gibt die "Grünen" nun vielleicht als Partei. Aber wer sie sind und was sie wollen, weiß man weniger denn je. Sie wollen sich zur Wahl stellen, aber wem und was, darüber hat sich der sogenannte Gründungsparteitag in Karlsruhe nicht einigen können. Zwei Tage lang stritten sich die unterschiedlichsten Gruppen direkt oder indirekt nur um die Abgrenzung gegenüber "U-Booten", die eine grüne Partei nur als Vehikel für ihre ganz anderen Interessen benutzen wollen.

Und auch da gibt es keine Klarheit: Der Beschluß gegen die Doppelmitgliedschaft vom Samstag wurde am Sonntag praktisch dadurch wieder aufgehoben, daß die Regelung nun den Landesverbänden überlassen bleiben soll.

Unabhängig von diesem chaotischen Durcheinander gilt für die SPD:

1. Die nach wie vor sehr unterschiedlichen Gruppen haben sich in die Parteienkonkurrenz gegeben und sich damit zum politischen Gegner auch der SPD erklärt. Wer in einer anderen Partei mitarbeitet, kann nicht Mitglied der SPD sein.
2. Diese Gruppen sind objektiv dabei, die Rolle jener Vierten Partei zu übernehmen, die der CSU-Vorsitzende Strauß als entscheidende Voraussetzung seiner eigenen Erfolgsaussichten als Kanzlerkandidat genannt hat.
3. Die berechtigten Anliegen von Bürgern, die sich in besonderem Maße für den bestmöglichen Schutz der natürlichen Umwelt engagieren, bleiben in der SPD am besten aufgehoben. Wer sich auf Teilbereiche der Politik zurückzieht, sich damit den Anforderungen entzieht, die die Verantwortung für das gesamte Gemeinwesen gerade in schwierigen Zeiten auferlegt, ist zum Scheitern verurteilt.

Fazit: Der chaotische Verlauf des Karlsruher Treffens hat deutlich gemacht, daß die dort vertretenen Gruppen bisher nicht einmal in der Lage sind, sich auch nur auf dem Gebiet der Ökologie auf eine gemeinsame Aussage zu verständigen. Ohne Programm und ohne Führung - die Partei-Ökologen sind auf dem Holzweg. (-/14.1.1980/hi/ca)

Redaktioneller Hinweis: Die Seite 5 dieses Dienstes entfällt, weil am Freitag der jetzt auf den Seiten 6 und 7 folgende Beitrag von Horst Seefeld nach Drucklegung ausgewechselt wurde.



# FEHLANZEIGE

JAHRGANG

35

ZEITUNGSNUMMER

9

DATUM

14 01 80.

SEITE

5-7.



Neues vom Hexer

-----  
Franz Josef Strauß und Edgar Wallace

Von Willi Salmen

"Zunächst mal kann man ja schon vom bisherigen Verlauf des Wahlkampfes, der ja noch gar nicht richtig begonnen hat, ohne jeden Zweifel feststellen, daß es eine Parallele zwischen Franz Josef Strauß und Edgar Wallace gibt - es ist unmöglich, von ihm nicht gefesselt zu sein!"

Diese bemerkenswerten Sätze sprach unlängst im Hessischen Rundfunk der niedersächsische Finanzminister und CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Ohne Zweifel lieferte Nordlicht Kiep eine höchst erhellende Charakterisierung des Kanzlerkandidaten, denn daß dieser "die CDU" und ein "Herkules der Geschichte" ist (Frau Heubl), "ein Intellektueller, ein Denker, ein Historiker und ein Mann, der ein ungeheuer präsenten Wissen auf allen politischen Gebieten hat" (Friedrich Zimmermann), ein Mann zumal, dessen Geist immer in Bonn "über den Wassern schwebt" (Strauß über Strauß), wie der Geist Gottes vor Erschaffung der Welt (vergleiche das Erste Buch Moses im Alten Testament der Bibel), auch wenn er sich in München aufhält, ein Mann, an den man ebenso Bittgebete (Heubl: "Gib uns Zukunft, Hoffnung, Chance") wie Treuegelübde richten muß (Goppel: "Sag uns auch weiterhin, wie es geht, damit wir es tun, jetzt und für alle Zeit!"), ein Mann schließlich, der wie Jesus mitten unter den Seinen weilt, wenn sie in Seinem Namen versammelt sind (MdB/CSU Erich Riedl: "Auch wenn er körperlich nicht da ist, so ist er doch mitten unter uns") - all das war im Grunde längst bundesdeutsches Bildungsgut geworden.

Wer aber solchermaßen mit den göttlichen Attributen der Allmacht, Allwissenheit, Allgegenwart ausgestattet ist wie der Kanzlerkandidat, der kann es natürlich - und das mußte in der Tat endlich einmal gesagt werden in Anbetracht aller "Klischees, Lügen, Verleumdungen und Diffamierungen", die über Strauß seit Jahrzehnten systematisch verbreitet werden - auch mit dem englischen Krimi-Autor Edgar Wallace aufnehmen, dessen insgesamt rund 170 Bücher, "spannungs- und intrigenreiche "thriller" (vergleiche den "Großen Brockhaus"), "der spannenden, allerdings oft schematisch und ungenügend motivierten Handlung, jedoch auch ihrer Mischung aus Realismus und Phantastik wegen ungewöhnlichen Erfolg" hatten (so Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Was Wunder,



daß einige Autoren ihre Arbeiten über Straußens geplanten Marsch auf Bonn mit Titeln wie "der große Krimi" versehen! Denn zwar ist weder das Schloß in Kreuth, wo die CSU-Landesgruppe ihre Klausurtagungen abhält, noch die Bayerische Staatskanzlei, wo der Kanzlerkandidat regiert, mit dem "Gasthaus an der Themse" zu vergleichen, aber ein "gerissener Kerl" wie er läßt das Wirken der "blauen Hand" überall spüren, und vom "Geheimnis der Stecknadel" kann wohl nicht nur der oft gepleschte Kanzlerkandidat außer Diensten Dr. Helmut Kohl ein Liedchen singen, und zwar gemeinsam mit seinem Vorgänger Dr. Rainer Candidus Barzel, den vermutlich nicht Freunde aus der Union "ins Knie geschossen" haben (Barzel über Barzel), sondern der "grüne Bogenschütze", oder der "schwarze Abt" und der "unheimliche Mönch" aus "Zimmer 13"! Die "gelbe Schlange" ist gezähmt, und "China, China, China" braucht wie weiland Kurt-Georg Kiesinger kein verantwortungsbewußter Staatsmann mehr zu rufen, seit Strauß durch seine Reise nach Peking das "Bild der deutsch-chinesischen Beziehungen entscheidend verändert hat". (Springers Carl Gustav Ströhm), und daß die "toten Augen von London" Bonn nicht unsicher machen, dafür wird "der deutsche Thatcher" (Strauß über sich selbst) schon sorgen!

Überhaupt Bonn: "Der rote Kreis" wird durchbrochen werden, und wenn der "Frosch mit der Maske" nächstens vom Rhein aus doch noch "mit hechelnder Zunge" (Strauß) das Staatsschiff entern müßte! Schon hört man die ehemals "jubeljaulenden Hofhunde" (Strauß über regierungsfreundliche Journalisten) wehklagen: "Der Hexer" ist ante portas und wird dem "Banknotenfälscher" wie dem "Zinker" den Garaus machen. Von da an gibt es nur noch "Neues vom Hexer" - was allen Pressematadoren des Kanzlers in spe schon jetzt als Überschrift aller künftigen Strauß-Verlautbarungen empfohlen sei!

P.S.: "Häufig überschneidet der Kriminalroman sich mit dem Abenteuerroman und Agentenroman sowie mit dem Schelmenroman, im 18. und 19. Jahrhundert auch mit den Ritter-, Räuber- und Schauerromanen" (Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Nicht anzunehmen ist, daß bei Kreuthers Klausurtagungen "die Opfer in der Isolation unter psychologischen Druck gesetzt werden", wie der Große Brockhaus eine bestimmte Sorte von Krimis beschreibt. Mit dem "Gefesseltsein" im Sinne von Walter Leisler Kiep ist ja nicht gemeint, die Union sei an oder durch Strauß gefesselt. Oder?

(-/14.1.1978o:vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

